

Zürich

SVP: Kein Geld für «Gratiskurse»

Die SVP kämpft gegen die Integrationskurse. Es sei nicht Sache des Staates, Einwanderer zu integrieren.

Zürich. - Vor drei Jahren wäre es beinahe gelungen, den Kredit für die Integrationskurse über eine Volksabstimmung zu streichen. Nun steht die nächste Tranche von gut sechs Millionen Franken zur Diskussion, und die SVP unternimmt einen zweiten Versuch, die Kurse für 15- bis 20-jährige Migrantinnen und Migranten zu bodigen.

Vor den Medien betonte gestern der Zürcher SVP-Stadtratskandidat Roger Liebi: «Integration ist keine Staatsaufgabe, sondern Sache des Einzelnen.» Mit einem kaum mehr überschaubaren soziokulturellen Angebot löse insbesondere die Stadt Zürich eine Sogwirkung auf potenzielle Einwanderer aus, die von unserem Sozialstaat leben wollten. Mit Angeboten wie den Integrationskursen mache es der Staat den Einwanderern zu leicht: «Sie werden unbeweglich, risikoscheu und demotiviert. Sie sitzen in der Bequemlichkeitsfalle.»

Den Migrantinnen und Migranten müsse klar gemacht werden, dass ihre Einwanderung in erster Linie Pflichten mit sich bringe und dass sie in der Schweiz keine Ansprüche stellen könnten. Liebi nannte die Pflichten, sich selber über die Runden zu bringen, sich den Sitten und Gebräuchen im Gastland anzupassen, sich an die Gesetze zu halten und eine der Landessprachen zu lernen. Am besten gelinge die Eingliederung in der Schweiz, wenn die Migrantinnen und Migranten in einem Verein mitmachen würden, meinte Liebi.

Auch Kantonsrat Claudio Schmid betonte die grundsätzlich falsche Ausrichtung der Einwanderungspolitik. Der Ausbau des Sozialstaates habe dazu geführt, dass die Leute nicht mehr einwanderten, um zu arbeiten, sondern um vom sozialen System zu profitieren. «Es ist nicht Aufgabe der Zürcher Steuerzahler, die sozialen Ungerechtigkeiten dieser Welt zu beseitigen», sagte Schmid.

Standort Zürich gefährdet

Den Finger auf die leere Staatskasse legte Kantonsrat Emil Manser. «Sind der Regierung unsere Staatsfinanzen eigentlich egal?», fragte er. Es gehe nicht, dass der Staat Einwanderern «Gratiskurse» anbiete, gleichzeitig aber die Steuern erhöhe und das Nationalbankgold im Alltagsgeschäft verscherble. Mit dieser Politik gefährde der Regierungsrat den Wirtschaftsstandort Zürich massiv. Wenn er nicht selber zu dieser Einsicht gelange, müsse eben der Souverän korrigierend eingreifen. (sch)

Datum: 20051020

362420, TAG , 20.10.05; Words: 337, NO: OI2005102002921